4. Anwendungsvarianten sämtlicher strafprozessualer Regelungen für die Führung der Erstvernehmung und weiterer Beschuldigtenvernehmungen

Die nachstehend dargestellten gesetzlichen Regelungen sind für die Führung der Beschuldigtenvernehmung zwingend vorgeschrieben. Aus diesem Grund müssen sie bei der Erstvernehmung bzw. bei den folgenden Beschuldigtenvernehmungen von jedem Untersuchungsführer umgesetzt werden. Obwohl sie zwingend vorgeschrieben sind, bieten sie bei entsprechender Anwendung in der Spezifik des jeweiligen Verfahrens gute taktische Möglichkeiten zum Herstellen und Aufrechterhalten der Aussagebereitschaft Beschuldigter.

In den folgenden Darlegungen werden Varianten dargestellt, die die offensive Nutzung des Strafprozeßrechts im Vorgehen des Untersuchungsführers ermöglichen, jedoch bei deren Unzweckmäßigkeit im Einzelfall gewährleisten, daß die zwingenden Prozeßvorschriften eingehalten werden.

Es werden weiterhin Grundlinien rechtlich begründeter möglicher Argumentationen des Untersuchungsführers dargestellt. In der praktischen Verwendung müssen diese entsprechend der Persönlichkeit Beschuldigter konkret umgesetzt werden, da sie nur dann verhaltenswirksam werden können, wenn sie vom Beschuldigten verarbeitet werden. Eine Verbindung mit konkreten Bedingungen des Verfahrens, z. B. dem gezeigten Verhalten Beschuldigter, das dazu in Bezug gesetzt wird, ist zweckmäßig. Es ist nutzlos, solche Argumentationen formal in das Vernehmungsgeschehen einzufügen.

Das Ermittlungsverfahren ist vor Beginn der Beschuldigtenvernehmung einzuleiten.

Aus dieser Bestimmung resultiert, daß ein Ermittlungsverfahren eingeleitet sein muß, wenn eine Person als Beschuldigter vernommen werden soll. Einleitung des Ermittlungsverfahrens vor Beginn der Erstvernehmung bedeutet nicht, daß bereits eine